

Uwe Feiler

- (A) Erlauben Sie mir zum Schluss ein kurzes Plädoyer. Das Motto des diesjährigen Programmes der Europäischen Kommission lautet: „Für ein Europa, das schützt, stärkt und verteidigt“. Auch wenn das Motto sicherlich im Hinblick auf die neuen Herausforderungen gewählt wurde, die auf die Massenmigration und auf die Gefährdung durch den internationalen Terrorismus zurückzuführen sind, möchte ich eines anmerken: Sich derart großen Herausforderungen im Alleingang stellen zu wollen, wozu die Populisten europaweit aufrufen, ist irrsinnig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Europäischen Union, dem Zusammenschluss von 28, leider wohl bald nur noch 27 Staaten, dem gemeinsamen Dialog, der Zusammenarbeit in politischer und in wirtschaftlicher Hinsicht haben wir es zu verdanken, dass wir das große Glück haben, seit Jahrzehnten in Frieden zu leben sowie unseren Wohlstand sichern und ausbauen zu können. Diese Aussage mag zwar banal klingen, kann jedoch meiner Ansicht nach aktuell nicht oft genug wiederholt werden.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Sehr wahr!)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

- (B) Nächster Redner ist der Kollege Joachim Poß für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa macht sich im Moment der Krise unter dem Eindruck des wachsenden Nationalismus in den Mitgliedstaaten und des weltweiten Populismus kleiner, als es tatsächlich ist, wie ich finde. Wir nutzen die Potenziale, die in diesem demokratischen Gemeinwesen Europa stecken, nicht hinreichend aus. Wir Proeuropäer machen nicht hinreichend deutlich, wofür wir stehen: für Menschenrechte, für Rechtsstaat und für Demokratie.

Wir müssen keine Angst vor den Populisten dieser Welt haben. Wir sollten uns mal die wirtschaftlichen Ergebnisse in Russland oder in der Türkei anschauen. Diese Volkswirtschaften sind hochgradig gefährdet. Über die Euro-Zone haben wir gerade in dieser und in der letzten Woche gehört, dass wir die wirtschaftliche Stabilisierung erreicht haben, im Übrigen mit der europäischen Hilfe für Griechenland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Gysi, Sie als Meister der Halbwahrheiten können natürlich nicht zu richtigen Schlussfolgerungen kommen, wenn Sie eine falsche ökonomische Analyse vor-

nehmen. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir Griechenland überhaupt nicht geholfen. (C)

(Annalena Baerbock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Wir haben Griechenland aber massiv geholfen. Wir werden Griechenland auch weiter helfen, weil wir das europäische Projekt zusammenhalten wollen. Sie als Linkspartei haben keine vernünftigen Antworten auf die europäische Situation.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sie verstricken sich ebenso in Widersprüche wie die Rechtspopulisten mit ihrem unverantwortlichen Reden und Handeln, meine Damen und Herren. Sie sind in dieser Hinsicht nicht wesentlich besser.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Unglaublich!)

Schauen Sie sich einmal einige Reden Ihrer Fraktionskollegin Wagenknecht an, und analysieren Sie diese.

Also, was tun? Es sind doch nicht die Europäische Kommission und die Europäische Union, die das Handeln gegen Steuerdumping in Europa verhindern. Es sind die Mitgliedstaaten – die Niederlande an erster Stelle, Belgien, Luxemburg, Malta, Irland –, die ein wirksameres und erfolgreicherer Handeln der Europäischen Union gegen Steuerdumping verhindern. Es sind Orban, Kaczynski und Co., die verhindern, dass wir in der Flüchtlingsfrage erfolgreicher zusammenarbeiten. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren. (D)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir müssen hier in diesem Parlament schon aussprechen, was ist, und dürfen nicht unsere ideologischen Versatzstücke vortragen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Die Bürgerinnen und Bürger verlangen ein Ende des Steuerdumpings der multinationalen Konzerne. Das verlangen sie von uns. Wenn wir nicht liefern, tauchen solche Figuren wie Trump auf, der heute amerikanischer Präsident wird.

(Richard Pitterle [DIE LINKE]: Sie sind doch an der Regierung! Liefern Sie!)

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten dann von ihm, dass er handelt: von einem Mann – das muss man über den zukünftigen amerikanischen Präsidenten sagen –, der ein bekennender Spezialist im Umgehen der Steuerpflicht ist und der mit seiner Praxis in den letzten Jahrzehnten bewiesen hat, dass er nichts vom Gemeinwesen versteht, sondern nur etwas von der Ausbeutung von Menschen, um es einmal deutlich zu sagen. Das ist die Realität, mit der wir uns jetzt natürlich auseinandersetzen müssen. Es sind die weißen Arbeiter, die ihn gewählt haben und eine Veränderung ihrer Lebenssituation erwarten.

(Zuruf des Abg. Richard Pitterle [DIE LINKE])

Joachim Poß

- (A) – Ich will mit dem Beispiel deutlich machen: Wenn die weißen Arbeiter in Deutschland oder in anderen europäischen Ländern von den Populisten dieser Welt, ob Rechts- oder Linkspopulisten, realitätstaugliche Antworten zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erwarten, dann werden sie nach aller geschichtlichen Erfahrung angeschmiert. Davor müssen wir die Menschen bewahren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Zuzuruf der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Es führt doch auch nicht weiter, dass Frau Theresa May in ihrer Verlegenheit, eine vernünftige Antwort auf die Brexit-Entscheidung ihres Landes zu finden, damit droht, vor unseren Toren ein weiteres Steuerparadies entstehen zu lassen. Wir haben bereits Jersey, Guernsey und andere vor der Haustür. Damit würden die Handlungs- und Finanzierungsmöglichkeiten, die wir benötigen, verringert, um Investitionen und damit auch Arbeitsplätze für diejenigen zu schaffen, die sich abgehängt fühlen.

Im Übrigen muss natürlich auch Deutschland seinen Beitrag zur notwendigen Stabilisierung der Euro-Zone und Europas leisten und noch mehr investieren. Wir haben mit dem Investitionsprogramm einen ersten Schritt gemacht. Die Laufzeit dieses Programms wird bis 2020 verlängert.

Abschließend sage ich: Je unsicherer und gefährlicher die Welt wird, desto mehr muss die Europäische Union ihr Gewicht auf der internationalen Bühne zur Geltung bringen. Angesichts unserer Wirtschaftskraft und unserer demokratischen Substanz haben wir allen Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch gegenüber denjenigen selbstbewusst aufzutreten, die öffentlich vor Kraft kaum laufen können und hinter deren Fassade es sehr hohl ist.

(B)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Kollegin Iris Eberl für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Iris Eberl (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission trägt den Titel „Für ein Europa, das schützt, stärkt und verteidigt“. Die Sicherheit der Bürger ist die Existenzberechtigung eines jeden Staates. Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus macht die Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen zu einem Kernanliegen in unserem Staat – in allen Unionsstaaten. Gut, dass sich die Kommission mit diesem Kernproblem befassen wird.

Im Arbeitsprogramm ist zu lesen: Europa ist an einem kritischen Punkt angelangt. – Richtig! Das Brexit-Votum muss für uns ein Weckruf sein. Die Europäische Union ist keine Zwangsvereinigung; Ausscheiden ist im Vertrag vorgesehen. Wenn unsere Antwort an Großbritannien einer Abstrafung gleichkommt, beweisen wir, dass der Respekt vor dem Wählerwillen in der Union verloren ge-

gangen ist. Das wäre Wasser auf die Mühlen der Miesmacher der Union. Das darf nicht sein. Wir brauchen einen fairen Deal mit Großbritannien. (C)

Die Kommission beschreibt auch Probleme und Bedrohungen der Bürger und erklärt: Wir haben zugehört, und wir haben verstanden. – Sie verspricht, eine Kommission zu werden, die sich darauf konzentriert, die Dinge besser zu machen. Das klingt gut, beweist Selbstkritik und Einsicht. Aber warum, meine Damen und Herren, hat die Kommission bisher nicht ihr Bestes gegeben, obwohl sie weiß, dass sie für eine halbe Milliarde Menschen die Verantwortung trägt?

Als Premierminister von Luxemburg beschrieb Juncker 1999 die Strategie zur Integration wie folgt:

Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten ... ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.

Mit dieser undurchsichtigen Methode soll nun Schluss sein. Deshalb will die Kommission – so steht es im Papier – in Zukunft ihr Tun den Bürgern besser erklären. Aber das Problem der europakritischen Bürger ist weniger die Undurchsichtigkeit des Verfahrens, sondern es sind die Inhalte.

2017 sind Wahlen in den Niederlanden, in Frankreich und in Deutschland. Größte Vorsicht ist geboten, wenn die Union nicht in ihrem Bestand gefährdet werden soll. (D) Trotzdem konzentriert sich das Arbeitsprogramm der Kommission weiterhin auf jene zehn politischen Prioritäten, die Juncker bereits zu Beginn seiner Amtszeit als Kommissionspräsident formuliert hatte. Das bedeutet „weiter so“, befürchte ich.

Die Europäische Union existiert aber nicht zum Selbstzweck. Sie hat eine dienende Funktion gegenüber den Mitgliedstaaten. Allen Ländern gleichermaßen gerecht zu werden, ist eine sehr schwierige Aufgabe; denn was dem einen Staat nützt, kann für den anderen sehr nachteilig sein. Für Deutschland benenne ich an dieser Stelle das konjunkturelle Ankurbeln Junckers und die Nullzinspolitik der EZB als Negativbeispiele. Vielleicht nutzen sie anderen Ländern – vielleicht –; Deutschland schadet beides. Das Ankurbeln überhitzt unsere Konjunktur. Außerdem ist es von gestern. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft verzerren den Wettbewerb; sie sind daher für Marktwirtschaften schädlich.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu viel echte Marktwirtschaft kann man der EU nicht unbedingt vorwerfen, Frau Dr. Barley.

Die Nullzinspolitik hat sich, salopp formuliert, als Slim-Fast-Programm für die Altersvorsorge unserer Bevölkerung entpuppt und das Vertrauen der Menschen in die Union tief erschüttert. Dieses Vertrauen muss sie zurückgewinnen. Aber stattdessen kam letzte Woche die nächste fragwürdige Einmischung in nationales Recht.